

Entwicklungen & Trends 2014

Die große Abrechnung – Wie steht es um den Wald?

von László Maráz

Die Debatte um die Waldnutzung kreist immer wieder um die zwei folgenden Fragestellungen: Wie ökologisch soll die Waldnutzung gestaltet werden, einschließlich Art und Umfang der Schutzgebiete? Und wie viel Holz sollen oder dürfen wir aus dem Wald holen? Denn die Begehrlichkeiten werden größer: Immer mehr Nachfrager wollen sich ein Stück vom Kuchen sichern. Dabei müsste ein ordentliches Stück davon auf dem Teller bleiben. Das heißt: Mehr Holz sollte im Wald zurückgelassen werden (Biotopbäume) und mehr Wälder vor Holzeinschlag verschont werden (Schutzgebiete).

Zwangsläufig werden also die zu verteilenden Stücke kleiner, doch diese unfrohe Botschaft möchte aus der Politik kaum jemand verkünden. Anstatt ihre Erwartungen an das vom Wald nachhaltig lieferbare Potenzial anzupassen, setzen die meisten Interessengruppen lieber darauf, dass man auf bislang ungenutzte Holzmengen im Kleinprivatwald zugreifen kann oder fordern den verstärkten Anbau schneller wachsender Baumarten wie z. B. der Douglasie. Oder sie hoffen, dass der Wald schneller wächst. Kein Wunder also, dass die Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur mit Spannung erwartet wurden. 2012 waren Aufnahmeteams bundesweit in die Wälder gezogen um zu ermitteln, wie viel Holz im Wald steht, welche Baumarten welchen Flächenanteil ausmachen und wie stark die Waldbestände im vergangenen Jahrzehnt gewachsen sind.¹

Die Begehrlichkeiten werden bei der Waldnutzung immer größer

Waldinventur – durchwachsene Bilanz

Als das Bundeslandwirtschaftsministerium Anfang Oktober 2014 ausgewählte Ergebnisse verkündete,² wurden diese erwartungsgemäß von verschiedenen Akteuren unterschiedlich bewertet. Dabei hatte sich im Vergleich zur letzten Inventur, die zehn Jahre zurückliegt, nicht allzu viel verändert. Zudem hatte man in einigen Punkten Änderungen im Aufnahmeverfahren vorgenommen, sodass es nicht immer leicht war, die Daten zu vergleichen. Anschaulich zeigt sich das am Vergleich zwischen der Anzahl der Bäume – die übrigens bedeutungslos ist für die Einschätzung des Holzzuwachses, der Holzvorräte und der Waldgesundheit. Waren es vor zehn Jahren noch neun Milliarden Bäume gewesen, konnte Bundesminister Christian Schmidt die stolze Zahl von 90 Milliarden Bäumen melden: pro Bundesbürger mehr als 1.000 Bäume. Nach der alten Zählweise waren nur solche Bäume erfasst worden, die in 1,30 Meter

Keine allzu großen Änderungen

Höhe einen sog. Brusthöhendurchmesser von mindestens sieben Zentimeter erreicht hatten. Da deren Zahl aber inzwischen auf 7,6 Milliarden Bäume gesunken ist und man keine »negativen« Botschaften vermelden wollte, hatte man einfach alle Bäumchen gezählt, die mindestens 20 Zentimeter hoch sind. Übrigens: In Naturwäldern gibt es mehr große, alte Bäume und weniger kleine Bäumchen. Plantagen hingegen weisen viel mehr dünne Bäume auf. Eine gesunkene Anzahl weist damit eher auf ältere, reifere Wälder hin.

**Werbewirkung zulasten
der Verständlichkeit**

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) war bemüht, die Ergebnisse im besten Licht darzustellen. Schon Monate im Vorfeld hatte man sich exklusiv mit Vertretern der Forst- und Holzwirtschaft und der Waldbesitzer getroffen, um die Öffentlichkeitsarbeit zu besprechen. Weder Umweltverbände noch das Bundesumweltministerium oder das Bundesamt für Naturschutz waren an diesen Gesprächen beteiligt gewesen. Die bezweckte Werbewirkung geht allerdings zulasten der Verständlichkeit und erschwert die Einschätzung der realen Verhältnisse.

Beispiel 1: Mehr Laubbäume

Nach Auskunft des BMEL ist der Anteil der Laubbäume um sieben Prozent gestiegen. Der Gesamtanteil der Laubbäume allerdings ist in absoluten Zahlen nur um knappe drei Prozentpunkte auf 43 Prozent gestiegen. Von Natur aus läge er bei weit über 90 Prozent! Dennoch ist dies eine erfreuliche Entwicklung als Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen und Förderung des Waldumbaus, der seine Zeit braucht.

Beispiel 2: Mehr Totholz

Der Totholzbestand ist laut Bundeswaldinventur um 18 Prozent gestiegen, und zwar von 11,7 auf 13,8 Festmeter pro Hektar (es werden nur Stücke ab 20 Zentimeter Durchmesser erfasst). Rechnet man das neu erfasste dünnere Totholz mit ein, das am dickeren Ende nur zehn Zentimeter dick sein muss, ergebe sich – so der Bericht – fast eine Verdopplung auf 20,6 Kubikmeter pro Hektar. Da das Holz etwa 20 Jahre bis zur vollständigen Verrottung brauche, ergebe dies einen jährlichen »Nutzungsverzicht« vom einem Kubikmeter Holz pro Hektar.

**Nur scheinbarer
Zuwachs an Totholz**

Verschwiegen wird dabei allerdings, dass man nun auch kleinere Baumstümpfe mitgezählt hat, was den scheinbaren Zuwachs an Totholz vermutlich weitgehend relativiert. Auch die Aussage, man würde »Nutzungsverzicht« üben, ist kritikwürdig: Die Annahme, man könne oder man habe sogar das Recht, den gesamten Holzzuwachs zu ernten, zeugt nicht gerade von umfassendem Verständnis von Nachhaltigkeit. Waldböden und Bäume sind dringend auf die Nährstoffe und den Humus aus abgestorbenen Pflanzenteilen angewiesen. Blätter und Nadeln alleine sind zu wenig, um dauerhaftes Wachstum zu garantieren, von der biologischen Vielfalt und anderen Waldfunktionen (z. B. Wasserrückhalt und -speicherung) ganz abgesehen. Die von Fachleuten empfohlenen Mindestwerte für Totholz liegen übrigens zwischen 40 und 60 Festmetern pro Hektar. Diesem Ziel sind Deutschlands Wälder im vergangenen Jahrzehnt nicht näher gekommen.

Beispiel 3: Mehr älterer Wald

**Selten wirklich
alte Bäume**

Die Waldbestände sind im Durchschnitt um gut vier Jahre älter geworden, das gemittelte Alter liegt jetzt bei 77 Jahren. Das ist eine erfreuliche Entwicklung in die richtige Richtung. Doch nach wie vor bleiben wirklich alte Bäume selten: In der Bundeswaldinventur wird nur bis zum Alter 160 gezählt. Buchen können aber ohne weiteres 300 Jahre oder älter werden, Eichen noch viel mehr. Hier wäre es wichtig, auch ältere Bestände sorgfältiger zu untersuchen.

Unterschiedliche Reaktionen auf den Zahlenwald

**»Weniger Holz in
der Säge«**

BMEL und einige Verbände von Waldeigentümern und der Forst- und Holzwirtschaft reagierten teilweise unerwartet zurückhaltend. Zunächst wurden die aus ökologischer Sicht durchaus positiven Tendenzen dafür genutzt, Umweltverbände scharf zu kritisieren. Deren Kritik habe sich als falsch erwiesen, der deutsche Wald sei in guten Händen und Forderungen nach ökologischerer Waldnutzung oder mehr Schutzgebieten überflüssig.

Doch schon während der Präsentation der Ergebnisse gab sich das BMEL auch skeptisch. Hatte man sich noch in der Zusammenfassung der Ergebnisse bemüht, die scheinbar ökolo-

gisch vorteilhaften Entwicklungen besonders hervorzuheben, folgte bei vielen Ergebnissen sogleich ein Bedenkenträger-»Aber«. Mehr Biotopholz im Wald bedeute, »weniger Holz in der Säge«. Die älteren Bäume, auf die man stolz verwiesen hatte, wurden mit dem folgenden Satz kommentiert: »Wieviel älter werdenden Wald wollen wir uns leisten?« Der gestiegene Laubbaumanteil wurde eher bedauert, weil man sich Sorgen um die Belieferung der Sägeindustrie macht, die ja in der Tat mehrheitlich noch Nadelholz verarbeitet.

Auch der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) bezeichnet die »nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft in Deutschland« zwar als Erfolgsmodell.³ Doch der Präsident des DFWR, Georg Schirmbeck, warnt sogleich vor zu geringem Nadelholzanteil, wenn er sagt: »Wie in allen Lebenslagen müssen wir darauf achten, dass wir diesen Bogen aufgrund einseitiger Ausrichtung nicht überspannen.« In vielfältigen und stabilen Mischbeständen dürfe ein angemessener Anteil standortgerechten Nadelholzes nicht aus den Augen verloren werden, um auch kommenden Generationen ein ausreichend hohes Nutzungspotenzial zu hinterlassen. Parallel hierzu müsse die gesamte Branche mit Hochdruck daran arbeiten, auch im Bereich des Laubholzes vielfältige Produkte zu entwickeln und am Markt zu etablieren. Dass die Fichte auf den allermeisten Standorten auch wegen des Klimawandels immer geringere Überlebenschancen hat, wird nicht erwähnt, doch ist es im Rahmen einer wirtschaftlichen Holznutzung durchaus zulässig, in geeigneten, kühlen, schattigen höheren Mittelgebirgslagen noch einen gewissen Anteil an Nadelbäumen zu erhalten. Hier wäre aber vor allem die Weißtanne gefragt, denn sie ist im Bergmischwald standortheimisch. Der Tannenanteil ist übrigens auch gestiegen, doch wegen der überhöhten Schalenwildbestände ist ihre Förderung in den meisten Wäldern sehr schwierig.

Die Sägeindustrie wiederum sieht in den Ergebnissen ganz andere Probleme. Die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR) schrieb: »Demographisches Problem auch im deutschen Wald: Er wird dick und alt. Deutschland hat viel Wald und Holz im Überfluss – letzteres allerdings nur theoretisch. Die dritte Bundeswaldinventur zeigt: Tatsächlich genutzt wird weniger als für den Wald gut wäre. Der Wald überaltert.«⁴

Dies steht im Widerspruch zu den Aussagen der Holzindustrie der letzten Jahre, wonach der Holzangel gegen die Ausweisung weiterer Nationalparks spräche. Eine weitere Aussage zeugt vom mangelnden Verständnis der Funktionsweise des Ökosystems Wald. Denny Ohnesorge, Geschäftsführer der AGR: »Alte Bäume sind ökologisch wertvoll, aber ein gesunder Wald ist ein junger Wald.« Und weiter: »Alte Bäume sind anfälliger für Krankheiten und den Klimawandel. Für die Industrie ist das Holz alter, dicker Bäume zudem oft wertlos, da es vermehrt Risse hat und von Pilzen befallen ist.«⁵

Dem letzten Satz mag man gerne zustimmen, wenngleich er nicht für alle Holzverwender zutrifft: Furnierwerke und Erzeuger von wertvollem Möbelholz benötigen zur Herstellung ihrer Produkte vor allem alte und dicke Stämme. Da der Zerfallsprozess bei Buchen und Eichen nicht sofort einsetzt, sind die meisten der mehrhundertjährigen Stämme vital und verfügen teilweise sogar über ausgezeichnetes Wertholz, das gut bezahlt wird. Alte Wälder gab es übrigens schon vor Erfindung der Holzwirtschaft.

Waldbilanz täuscht über Defizite hinweg

Die Umweltverbände sehen in den Ergebnissen der Bundeswaldinventur durchaus erfreuliche Entwicklungen.⁶ Dennoch überwiegt die Kritik an der aktuellen Waldnutzung. »Die Zunahme der Buchenwaldfläche sagt nichts darüber aus, wie die Forstwirtschaft mit den seltenen, alten Buchenwäldern in Deutschland umgeht«, so Greenpeace-Geschäftsführerin Brigitte Behrens. »Fakt ist, dass hierzulande zu wenige Buchenwälder streng geschützt sind, obwohl Deutschland für deren Schutz die weltweit größte Verantwortung hat.«⁷

Gefordert werden bessere Standards für Waldwirtschaft. »Wälder müssen deutlich älter und vorratsreicher werden«, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. »Darauf ist bei der Waldnutzung wie auch beim Holzverbrauch zu achten.«⁸ Der deutsche Wald sei immer noch zu jung, er werde zu stark von Nadelbäumen dominiert, besitze zu wenig Biotopbäume und zu wenige dicke und alte Bäume. Erforderlich seien ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung. Besonders problematisch sei der immense Verbrauch von Brennholz, für das mittlerweile rund die Hälfte des Holzaufkommens eingesetzt werde.

Plädoyer für Nadelholz

Wald und Holz im Überfluss?

Höhere Standards für Waldwirtschaft gefordert

Derzeit werden nur 1,9 Prozent der deutschen Wälder dauerhaft nicht mehr forstwirtschaftlich genutzt und sind entsprechend rechtlich geschützt. Auf diesen Flächen können sich Waldstrukturen entwickeln, die vor allem auf Grund der vielen alten und dicken Bäume entstehen. Diese sind für den Erhalt der biologischen Vielfalt unverzichtbar. Nach Beschluss der Bundesregierung in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) von 2007 sollen bis zum Jahr 2020 fünf Prozent der deutschen Wälder dauerhaft ohne forstwirtschaftliche Nutzung sein. »Momentan gibt es von Seiten der meisten Bundesländer und der Bundesregierung nur halbherzige Schritte, um dieses Ziel zu erreichen«, kritisiert NABU-Präsident Olaf Tschimpke. »Bundesregierung und Bundesländer als größte öffentliche Waldbesitzer müssen umgehend Maßnahmen beschließen, um neue Waldschutzgebiete einzurichten.«⁹

Fazit: Waldnutzung nur zum Teil nachhaltig

Gemischte Bilanz

Die Ergebnisse der Bundeswaldinventur lassen nur nach genauer Prüfung der gesamten Daten eindeutige Schlussfolgerungen zu. Weder kann man der Forstwirtschaft eine exzellente Arbeit bescheinigen, noch muss man Sorge davor haben, Deutschlands Wälder würden dem Raubbau geopfert. Im Wesentlichen hat sich nämlich im vergangenen Jahrzehnt nicht viel geändert. Während sich einige Akteure damit zufrieden geben, können Umweltverbände, die anspruchsvollere und umfassendere Forderungen an die Waldnutzung stellen, dies nicht. Nach wie vor fehlt eine Definition der »Guten fachlichen Praxis« in der Forstwirtschaft, die biologische Vielfalt wird viel zu wenig geschützt oder gar gefördert und unser Holzverbrauch muss nachhal-

Ralf Straußberger

Bürger wollen Nationalpark Steigerwald – Staatsregierung nicht

Urige Buchenwälder, einmalig in Deutschland: Der Steigerwald ist prädestiniert, als erster Laubwald-Nationalpark im größten Bundesland Bayern ausgewiesen zu werden. Der BUND Naturschutz setzt sich seit Jahren dafür ein. Die Staatsregierung und ein Nationalparkgegnerverein haben in den vergangenen sieben Jahren einen Nationalpark verhindert und sich dabei immer auf die große Ablehnung in der Region berufen – zu Unrecht, wie aktuelle Entwicklungen im Jahr 2014 zeigen.

Auf über 11.000 Hektar befinden sich im nördlichen Steigerwald zwischen Ebrach, Gerolzhofen und Eltmann großflächige naturnahe Laubwaldbereiche. Aufgrund glücklicher historischer Prozesse wurden hier Laubwälder erhalten, auf kleinen Flächen gibt es sogar einige holznutzungsfreie Naturwaldreservate. Den vergleichsweise hohen ökologischen Wert bestätigt ein Gutachten des Bundesamtes für Naturschutz.¹ Außerdem sind die Wälder ausschließlich im Staatsbesitz und weitgehend unzerschnitten. Ein Nationalpark wäre eine großartige Chance für den Naturschutz in Deutschland und ein wichtiges Signal Bayerns zur Umsetzung der nationalen und internationalen Vorgaben im Sinne der Nationalen Biodiversitätsstrategie.

Landrat legt Grundstein für fränkisches Weltnaturerbe

Nach langem Stillstand ist 2014 wieder Bewegung in die Debatte zum Schutz des Steigerwaldes gekommen. Unter dem mittlerweile in Ruhestand gegangenen Landrat Günther Denzler (CSU) hat die Untere Naturschutzbehörde des Land-

kreises Bamberg im April 2014 den Geschützten Landschaftsbestandteil »Der Hohe Buchene Wald im Ebracher Forst« nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz geschützt. In dem mit rund 775 Hektar größten nutzungsfreien Waldschutzgebiet Bayerns außerhalb der beiden Nationalparks soll die Holznutzung dauerhaft eingestellt werden, damit sich Naturwälder entwickeln können.

Dabei handelt es sich um einen bemerkenswerten Vorgang. Denn das Landratsamt hat damit internationale und nationale Vorgaben zum Schutz der Biodiversität sowie die klaren Beschlüsse des Kreistages und Marktgemeinderates Ebrach umgesetzt, während die bayerische Staatsregierung das bislang verweigert. Der BUND Naturschutz in Bayern (BN) begrüßt die völlig korrekte Ausweisung eines Schutzgebietes durch das Landratsamt, weil damit die Option einer Bewerbung für die Anerkennung eines UNESCO-Weltnaturerbes im Steigerwald offen gehalten wird. Dies brächte große Vorteile für die Natur, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Der BN setzt sich dafür ein, dass das Waldschutzgebiet als Weltnaturerbe gemeldet wird und appellierte an Ministerpräsident Horst Seehofer und Bambergs neuen Landrat Johann Kalb, die Weltnaturerbebewerbung für den fränkischen Steigerwald zu unterstützen. Ein Verzicht würde einen schweren Rückschlag für die wirtschaftliche Entwicklung der strukturschwachen Region bedeuten. So musste die Staatsregierung bereits mit sechs Millionen Euro einspringen, nachdem sich der Investor für den Baumkronenpfad bei Ebrach zurückgezogen hat, weil der Investor ohne ein Waldschutz- ▶

tiger gestaltet werden. Die Wildschäden sind ebenfalls zu hoch und erschweren einen ökologisch verträglichen Waldumbau, der von vielen Waldbesitzern und Forstleuten seit Jahrzehnten bereits vorangebracht wird.

Die Holzwirtschaft wird sich stärker an dem orientieren müssen, was nachhaltig bewirtschaftete Wälder leisten können. Dies betrifft sowohl das Holzsortiment, bei dem mehr Laubholz und ältere Stämme angeboten werden, als auch die Holzmenge, die nicht beliebig wachsen kann. Vor allem der Energieholzverbrauch muss verringert werden. Zu beachten ist auch, dass wegen der Einrichtung weiterer, dringend nötiger Schutzgebiete das Holzaufkommen etwas geringer werden dürfte. Inwieweit ältere Wälder stärker wachsen und dadurch doch wieder mehr Holz liefern können, bleibt abzuwarten.

Schutzgebiete – in kleinen Schritten voran

Mit den Nationalparks im Schwarzwald (2014) und im Hunsrück-Hochwald (Rheinland-Pfalz und Saarland, geplant für Januar 2015) kommt Deutschland seinem Ziel, bis 2020 fünf Prozent der Waldfläche der natürlichen Entwicklung zu überlassen, einen Schritt näher. Die zwei Großschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von gut 20.000 Hektar (200 Quadratkilometer) reichen allerdings nicht aus, um das Ziel, das in fünf Jahren erreicht sein sollte, zu erfüllen. Ein Prozent Waldfläche sind immerhin 110.000 Hektar, und da wir derzeit bei etwa 230.000 Hektar liegen dürften,¹⁰ ist nicht einmal die Hälfte der Fläche geschafft.

**Nicht allein auf
Großschutzgebiete
verlassen**

gebiet oder Nationalpark mit zu wenigen Besuchern rechnet und stattdessen einen Baumkronenpfad im Nationalpark Schwarzwald baut. Der Staatsregierung kommt ihre Verweigerungshaltung bei den Waldschutzgebieten bereits sehr teuer zu stehen.

Bayerische Staatsregierung kontert

Unmittelbar nach der Kommunalwahl im April 2014 versuchte die bayerische Staatsregierung, obwohl sie von den Schutzgebietsplänen informiert worden war, den neu gewählten Bamberger Landrat dazu zu bewegen, das Schutzgebiet außer Vollzug zu setzen. Der BN kritisiert massiv, dass die Regierung hier ein Waldschutzgebiet mit einem Federstrich außer Vollzug setzen will, obwohl sie überhaupt nicht an dem Verfahren beteiligt ist. Nur um die Holznutzung weiterhin zu sichern, teilten Forst- und Umweltministerium in einer kurzen Pressemitteilung Ende Mai mit, dass das erst vor wenigen Wochen in Kraft getretene Waldschutzgebiet außer Vollzug gesetzt werden soll.² Staatliches Handeln führt sich *ad absurdum*, wenn die Staatsregierung unter Umgehung sämtlicher Verfahrensvorgaben Umweltschutzbestimmungen einfach »par ordre du mufti« abschaffen kann. Der BN hat angekündigt, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und gegen dieses rechtswidrige Vorgehen zu klagen.

Mittlerweile hat das Landratsamt Bamberg eingeräumt, dass die ministeriell verkündete »Außer-Vollzug-Setzung« rechtlich gar nicht möglich sei. Auch wenn sich die CSU und die Freien Wähler im Bayerischen Landtag für die Holznutzung und gegen das Schutzgebiet ausgesprochen haben, ist die Durchführung der Verordnung alleinige Sache des Landkreises Bamberg, der sie auch erlassen hat. Diese Wende hat die Rechtsposition des BN klar bestätigt.

Umfrage: Breite Zustimmung für Nationalpark in der Bevölkerung

Eine weitere Wende brachten die – für viele sicher überraschenden – Ergebnisse einer repräsentativen TNS Emnid-Umfrage, die der BN und der WWF Deutschland im Mai 2014 in Auftrag gegeben haben. Danach befürwortet eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der Bewohner in der Region Steigerwald einen Nationalpark. Zwei Drittel der Befragten sind zudem der Meinung, dass der Nationalpark Steigerwald Tiere, Pflanzen und alte Bäume besser schützt als ein Forst. Die Naturschutzverbände BN und WWF forderten Ministerpräsident Horst Seehofer daher in einer gemeinsamen Erklärung auf, dem Mehrheitswillen der Bevölkerung zu entsprechen, so wie er es mehrfach angekündigt hat.³ Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es in der Steigerwaldregion doppelt so viele Menschen gibt, die den Nationalpark begrüßen, wie Menschen, die ihm noch kritisch gegenüberstehen. Die guten Zustimmungswerte sind eine solide Basis, die durch weitere Aufklärungsarbeit und Akzeptanzwerbung noch verbreitert werden soll.

Der WWF forderte die Staatsregierung zum Handeln auf, nachdem die Unterstützung der Bevölkerung für den Nationalpark klar belegt ist. Die Staatsregierung hatte dem WWF mitgeteilt, dass sie keinen Nationalpark gegen den Willen der Bevölkerung einrichten werde. Der BN forderte, dass als ersten wichtigen Schritt die Staatsregierung eine Studie über das Für und Wider des Nationalparks in Auftrag geben sollte, damit die Diskussion vor Ort auf Basis von Fakten und Sachargumenten geführt werden kann. Dabei muss auch auf die bestehenden Befürchtungen, insbesondere die Brennholzversorgung eingegangen werden. Der Landesbund für Vogelschutz (LBV) begrüßte, dass der Schutzgedanke eines Natio- ▶

Klar ist auch, dass die fehlende Fläche nicht alleine durch Großschutzgebiete geschützt werden kann. Zwar bestehen schon weitere Planungen für Waldnationalparks (siehe Kasten zum Steigerwald), doch niemand wird ernsthaft fordern, 30 solcher Nationalparks einzurichten. Deutschland ist zu dicht besiedelt und seine Wälder von zu vielen Straßen, Agrar- und Siedlungsflächen zerschnitten, als dass es noch hierfür geeignete größere Waldflächen gibt. Außerdem ist es wichtig und sinnvoll, viele weitere, kleine und mittelgroße Schutzgebiete im Wald zu schaffen, damit die Vernetzung dieser wichtigen Biotope über möglichst weite Flächen gewährleistet werden kann.

Holzenergie versus Waldschutz?

Weniger »Waldresthölzer« aufgrund FSC-Zertifizierung

Dass der Einsatz Erneuerbarer Energien auch im Wald an natürliche Grenzen stößt, zeigt sich an einem Streitfall in Baden-Württemberg. Wenn die Landesregierung den Staatswald nach den Richtlinien des FSC zertifizieren lassen wird, dürften vor allem die sog. »Waldresthölzer« knapper werden. Darum haben verschiedene Holzenergieverbände gegen die Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung protestiert, wegen der sie Engpässe bei der Versorgung von Hackschnitzelanlagen befürchten. Bisher werden in vielen Wäldern dünne Stämmchen und Äste, aus denen sich keine Bretter sägen lassen, in etwa streichholzschachtelgroße Stücke kleingehackt und verfeuert. Im Rahmen einer vom FSC zertifizierten, naturverträglicheren Waldnutzung müssen sämtliche Hölzer mit einem Durchmesser unter sieben Zentimeter jedoch im Wald bleiben.

nationalparks bei den Befragten die größte Zustimmung gefunden habe.⁴

Die Umfrage zeigt, dass es noch ein Gefälle zwischen der Akzeptanz eines Nationalparks in den kreisfreien Städten Bamberg und Schweinfurt einerseits und den Landkreisen Bamberg, Hassberge und Schweinfurt andererseits besteht. In den Städten gibt es eine sehr deutliche Zustimmung von 77 Prozent, in den Landkreiskommunen eine Zustimmung von rund 38 Prozent. Die Umfrage zeigt zudem auch, dass in den ländlichen Gemeinden eine deutlich höhere Zustimmung zu erreichen ist, wenn mit einem Nationalpark auch die Brennholzversorgung der örtlichen Bevölkerung gesichert werden kann: Über ein Drittel der Nationalparkkritiker würde unter dieser Voraussetzung einem Nationalpark eher zustimmen. Die Verbände zeigten sich überzeugt, dass dann auch in den ländlichen Gemeinden eine Mehrheit einen Nationalpark begrüßen würde, so wie dies in anderen deutschen Nationalparkregionen ebenfalls der Fall sei.

Die Umfrageergebnisse könnten, so die Interpretation von WWF, BN und LBV den Nationalparkbefürwortern vor Ort Mut machen, für eine offene und faire Diskussion einzutreten. Entweder habe der Nationalparkgegnerverein »Unser Steigerwald« völlig falsch gelegen, wenn er in der Vergangenheit von einer 90- bis 95-prozentigen Ablehnung des Nationalparks sprach oder die Zustimmung zum Nationalpark habe in den vergangenen Jahren enorm zugenommen.

Die Naturschutzverbände sehen sich demnach durch die positiven Umfrageergebnisse in ihrer Aufklärungsarbeit und dem sachlichen Werben für einen Nationalpark bestätigt. Nach den Umfrageergebnissen sehen große Teile der Bevölkerung in der Steigerwaldregion positive Auswirkungen eines Nationalparks, wie einen besseren Schutz, eine Aufwertung

Frankens, mehr Arbeitsplätze und mehr Investitionen infolge der Nationalparks. Diese Vorteile sind offenbar für jüngere Menschen besonders wichtig, da sie die Einrichtung eines Nationalparks in dem strukturschwachen Steigerwald besonders begrüßen.

Die Umfrageergebnisse zeigen aber auch, dass nach wie vor Befürchtungen in der Bevölkerung verbreitet sind, die teilweise auf gezielten Fehlinformationen beruhen: etwa dass es mit einem Nationalpark zu Enteignungen für Privatwaldbesitzer oder zu umfangreichen Betretungs- und Sammelverboten kommen würde, obwohl dies nachweislich nicht der Fall ist. Solchen »Horror szenarien« der organisierten Nationalparkgegner werden die Naturschutzverbände weiterhin Fakten und Sachinformationen entgegensetzen.

Die positive Grundstimmung im Steigerwald zu einem Nationalpark lässt sich auch dadurch belegen, dass sich Ende Juni 2014 ein Bürgerverein gegründet hat, in dem sich Nationalparkbefürworter aus dem Steigerwald zusammengeschlossen haben.⁵ Damit wird den Anwohnern in der Steigerwaldregion eine Stimme gegeben, die in dem Nationalpark eine Chance für die Region sehen. Die Umfrageergebnisse können den vielen Nationalparkbefürwortern vor Ort Mut machen, sich dem Bürgerverein »Nationalpark Nordsteigerwald« anzuschließen und für eine offene und faire Diskussion einzutreten. Bereits ein halbes Jahr nach der Gründung hat der Bürgerverein fast 1.000 Mitglieder. Dies zeigt den starken Rückhalt in der Region!

Welterbe auch ohne Nationalpark?

Am 17. November 2014 fand in der Bayerischen Staatskanzlei eine Besprechung von Ministerpräsident Seehofer mit seinen zuständigen Staatsministern und den drei Landräten aus ▶

Klimaschutz als vorgeschobenes Argument

Das Ansinnen, noch mehr Holz aus unseren Forsten und Wäldern zu holen, wird mit immer neuen Argumenten begründet. Klimaschutz ist eines davon. Wer mehr Holz verbraucht, spare Emissionen, weil andere Baustoffe energieintensiver sind. Auch Heizöl ließe sich einsparen. Offen bleibt dabei, ob die stoffliche und energetische Holzverwendung überhaupt zu Einsparungen an Energie- und Rohstoffverbrauch führt. Noch ist nicht bekannt geworden, dass irgendwo auf der Welt deswegen Kohleminen oder Ölfelder geschlossen worden wären.

Dürfen wir zur Rettung der Energiewende und etlicher Arbeitsplätze im ländlichen Raum weiterhin auch die dünnen Stämmchen und Äste aus dem Wald entfernen, die bisher unter die seit Langem gültige Derbholtzgrenze von sieben Zentimeter fallen? Gewiss, jede Tonne zusätzlicher Biomasse könnte einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Vorausgesetzt, wir würden mit dem Klimaschutz generell Ernst machen. Davon ist aber wenig zu spüren: Neue Braunkohletagebaue, die Diskussion um Fracking-Gas und lasche Grenzwerte bei Automobilen zeigen, dass der Wille zum Klimaschutz nicht wirklich ausgeprägt ist. Nun sollen also Biokraftstoffe und eben das »Waldrestholz« verstärkt Verwendung finden. »Waldrestholz«. Was für ein furchtbarer Begriff. Der Wald produziert doch keinen Müll!

Dabei hat die uralte Derbholtzgrenze einen positiven Effekt: In den dünneren Pflanzenteilen sind überdurchschnittlich viele Nährstoffe enthalten, die im Waldboden für besseres Pflanzenwachstum sorgen. Dennoch beschränkt man sich im Rahmen der Fachdiskussion meist nur auf die Nährstoffbilanzen (in Kilogramm Kalium, Magnesium, Calcium, Stickstoff und Phos-

Positive Effekte der Derbholtzgrenze

der Region des Steigerwalds statt, die der zukünftigen Entwicklung eine neue Wende geben könnte. Man vereinbarte die Gründung einer Arbeitsgruppe, die eine erfolgreiche Bewerbung als UNESCO-Welterbe vorbereiten soll. Aber: Alle Beteiligten stimmten darüber überein, dass im Steigerwald *kein* Nationalpark ausgewiesen werden soll. Und die bayerische Staatsregierung kündigte an, im Februar 2015 die Aufhebung der Verordnung über den Geschützten Landschaftsbestandteil »Der Hohe Buchene Wald im Ebracher Forst« vom 16. April 2014 sicherzustellen. Das 775 Hektar große Schutzgebiet soll aufgelöst und durch ein wesentlich kleineres, circa 280 Hektar großes Schutzgebiet ersetzt werden sowie durch sehr kleinflächige, nutzungsfreie »Trittsteine« ergänzt werden.

Der BN begrüßt zwar grundsätzlich den Beschluss, in den nächsten Monaten die Grundlagen für ein großes landkreisübergreifendes Naturschutzgebiet oder ein Biosphärenreservat auszuarbeiten als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Die geplante Auflösung des Geschützten Landschaftsbestandteils »Der Hohe Buchene Wald« wäre jedoch nach Auffassung der Naturschützer rechtswidrig und würde vom BN, wie angekündigt, juristisch mit allen Mitteln angefochten. Der BN hält daher, wie auch die Mehrheit der Bürger in der Steigerwaldregion, einen Nationalpark für die beste Lösung zum Schutz der ökologisch wertvollen Wälder – und zugleich als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung um den angestrebten Welterbestatus. Die mehrfach auch von Ministerpräsident Seehofer vorgetragene Aussage »keinen Nationalpark gegen den Willen der Bevölkerung« zu machen, bedeute bei der mehrheitlichen Zustimmung der Bevölkerung in der Steigerwaldregion, dass sich die Staatsregierung konsequenterweise für einen National-

park einsetzen müsse, so der BN in einer Stellungnahme zu den aktuellen Plänen der Staatsregierung.⁶

Anmerkungen

- 1 Machbarkeitsstudie für eine UNESCO-Weltnaturerbenominierung eines ausgewählten deutschen Buchenwaldclusters. Teilprojekt I: Fachwissenschaftlicher Teil. Buchenwaldinstitut e.V. im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz 2006.
- 2 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Landratsamt Bamberg: Gemeinsame Pressemitteilung vom 27. Mai 2014.
- 3 »Über 60 Prozent Zustimmung für Nationalpark in Franken«, Gemeinsame Pressemitteilung von WWF Deutschland und BN vom 6. Juni 2014.
- 4 Siehe hierzu auch die Informationen des LBV auf seiner Website (www.lbv.de/unsere-arbeit/themen-kampagnen/nationalpark-steigerwald.html).
- 5 Infos zum Bürgerverein unter www.verein-nationalpark-nordsteigerwald.de.
- 6 »Bund Naturschutz wirbt weiter für einen Nationalpark im Steigerwald«, Pressemitteilung vom 18. November 2014.



Dr. Ralf Straußberger

Waldreferent des BN und Geschäftsführer des Freundeskreises Nationalpark Steigerwald.

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Bauernfeindstr. 23, 90471 Nürnberg
E-Mail: ralf.straussberger@bund-naturschutz.de

phor), die es gewiss zu beachten gilt. Eine Verringerung oder gar Abschaffung der Derbholzgrenzen erhöht aber das Risiko von Übernutzungen.

Bioenergie droht schlechtes Image

Wenn sich nun Bioenergieverbände gegen elementare Nachhaltigkeitsregeln im Wald aussprechen, setzen sie ihr noch halbwegs gutes Image aufs Spiel. Völlig außer Acht bleibt bei solchen Diskussionen, dass das liegengebliebene Holz weitere wertvolle Funktionen hat, die unersetzbar sind: Zahllose Organismen bauen die Biomasse ab und sorgen damit für ein reichhaltiges Bodenleben. Die meisten von ihnen verlieren ihren Arbeitsplatz, wenn wir alles aus dem Wald schaffen. Holzige Pflanzenteile speichern Wasser, bilden Humus und fördern damit eine gesunde Bodenstruktur, die beispielsweise die Versickerung von Regenwasser erleichtert. Aus dickerem Biotopholz werden die Nährstoffe viel langsamer in den Boden rückgeführt. Dies alles ist durch Düngung mit Holzasche oder Ausbringung von Mulch nicht möglich.

Abschied von der forstlichen Nachhaltigkeit

Schon werden die Energieholzvertreter auch in Thüringen aktiv, da sie wegen der Beteiligung der GRÜNEN an der Landesregierung ebenfalls die FSC-Zertifizierung des Landeswaldes befürchten. Ein klares Zeichen dafür, dass Holz knapp wird. Die Vorgänge machen aber wieder einmal deutlich, wie notwendig auch hier eine klare Definition der »Guten fachlichen Praxis« für die Forstwirtschaft wäre.

Die Derbholzgrenze von sieben Zentimeter sollte nicht abgesenkt werden. Auch das auf den ersten Blick sinnvolle Ansinnen, je nach Bodengüte auch mal mehr Waldholz rauszuholen, birgt die Gefahr, dass letztlich alle Waldböden auf eine Art Magerrasenniveau heruntergewirtschaftet würden. Waldböden sind mehr als nur ein nährstoffhaltiges Haltesubstrat für Bäume. Bei der Findung von Nachhaltigkeitsgrenzen müssen wir uns am Wald, am Standort selbst orientieren, und nicht an der Auslastung von Biomassekraftwerken oder dem Brennholzbedarf von Ofenbesitzern. Würden Verbraucher, Industrie und Märkte mit ihren nimmersatten und wachsenden Begehrlichkeiten darüber bestimmen, wie viel Holz wir dem Wald entnehmen, dann müssten wir uns von der forstlichen Nachhaltigkeit verabschieden, so wie es in Zeiten schweren Raubbaus und großer Holznot schon einmal vorkam. Wir sind es, die ihr Verhalten an der ökologisch tragfähigen Leistungsfähigkeit der Wälder und Forsten ausrichten müssen. Nicht umgekehrt! Beim Klimaschutz und der Energiewende gibt es ohnehin bessere Sparpotenziale, zumal eine minimale Steigerung von Biomassenutzung den Raubbau an Wäldern niemals rechtfertigen könnte.

Anmerkungen

- 1 Thünen-Institut: Dritte Bundeswaldinventur – Ergebnisdatenbank (<https://bwi.info>).
- 2 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Der Wald in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur. Berlin 2014 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Bundeswaldinventur3.pdf?sessionid=oFA07E8872B4DE394E7E3B9C5C800F9E.2_cid288?__blob=publicationFile).
- 3 »Zahlenwald mit gutem Ergebnis«, Pressemitteilung des Deutschen Forstwirtschaftsrats vom 8. Oktober 2014 (www.dfwr.de/presse/pressemitteilungen/PM_2014_04_DFWR_Ergebnisse_Bundeswaldinventur.pdf).
- 4 »Demographisches Problem auch im deutschen Wald«, Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher vom 8. Oktober 2014 (www.rohholzverbraucher.de/sites/aktuelles_pressemitteilungen.php?kat=&id=324&headline=Demographisches%20Problem%20auch%20im%20deutschen%20Wald:%20Er%20wird%20dick%20und%20alt).
- 5 Ebd.
- 6 »Wald-Bilanz der Bundesregierung täuscht über Defizite hinweg«, gemeinsame Presseerklärung von BUND, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace und NABU vom 8. Oktober 2014 (www.nabu.de/presse/pressemitteilungen/index.php?popup=true&show=12381&db=presseservice).
- 7 Ebd.
- 8 »Zur Bundeswaldinventur: BUND fordert bessere Standards für Waldwirtschaft«, Pressemitteilung des BUND vom 8. Oktober 2014 (www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/zur-bundeswaldinventur-bund-fordert-bessere-standards-fuer-waldwirtschaft/).
- 9 BUND et al. 2014 (siehe Anm. 6)
- 10 »Aktuelle Daten zur natürlichen Waldentwicklung in Deutschland«, Pressemitteilung des Bundesamts für Naturschutz vom 14. Oktober 2013 (www.nw-fva.de/nwe5/downloads/Pressemitteilung.pdf).



László Maráz

Koordinator der vom BfN geförderten Verbände- und Dialogplattform zur Waldbiodiversität sowie der AG »Wälder« des Forums Umwelt & Entwicklung

Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: maraz@forumue.de